



Dr. Peter Struck

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Postanschrift: 11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 75003/73731
19. Juni 2007

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

-

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben gestern einen Erfolg beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz erzielt. Bis zum 31. März 2008 können die Tarifvertragsparteien der betreffenden Branchen einen Antrag stellen, ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Damit wird im Prinzip das Verfahren für das Arbeitnehmerentsendegesetz für alle Branchen eröffnet.

Für die Wirtschaftszweige, in denen es keine Tarifverträge gibt oder die Tarifbindung nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber besteht, werden wir das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen aktualisieren.

Beide Maßnahmen sind ganz wichtige Schritte hin zu einem Mindestlohn. Für den werden wir weiter kämpfen.

Was die Union gestern bei der Frage von sittenwidrigen Löhnen geboten hat, ist empörend. Sie wollen nicht das Problem lösen und den Menschen, die im Niedriglohnbereich tätig sind, helfen. Im Gegenteil: Sie lassen die Menschen alleine, die für drei, vier Euro die Stunde arbeiten und schauen müssen, wie sie über die Runden kommen.

Für uns ist das nicht akzeptabel. Deshalb werden wir weiter für einen Mindestlohn in Deutschland kämpfen. Es darf bei uns keine sittenwidrigen Löhne geben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Wenn das nicht in die Köpfe unseres Koalitionspartner geht, werden wir sie mit diesem Thema treiben. Nicht nur bei den anstehenden Wahlkämpfen in Hessen, in Niedersachsen, in Hamburg, in Bayern, im Saarland, bei der Europawahl und natürlich auch im Bundestagswahlkampf. Und zwar solange, bis sich die Union bewegt. Oder bis wir wieder den Bundeskanzler stellen. Das wäre sowieso das Beste.

Über die Ergebnisse bei der Reform der Pflegeversicherung wird euch Elke Ferner nochmals ausführlich schriftlich informieren.

Wir sehen uns nach dem vergangenen Wochenende bestätigt: Wenn Postkommunisten uns vorwerfen, wir seien neoliberal und wenn Marktradikale uns vorwerfen, wir stünden zu weit links, dann stehen wir richtig: Wir regieren aus der Mitte heraus.

Wir arbeiten daran, dass sich der derzeitige Aufschwung fortsetzt, wir sorgen dafür, dass neue Arbeitsplätze entstehen können, wir machen unsere Sozialsysteme zukunftssicher, wir betreiben eine konstruktive und friedensorientierte Außenpolitik und wir sehen die Globalisierung - bei allen Risiken - als Chance für alle Menschen auf der Welt.

Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, wir stehen für Freiheit eines jeden Einzelnen, und wir stehen für eine solidarische Gesellschaft in der wechselseitige Verantwortung übernommen wird. Wir sind die einzigen, die soziale Politik für Deutschland gestalten können und wollen. Kurzum: Wir übernehmen Verantwortung für Deutschland und für die Menschen.

Ganz anders die neue, sog. Linkspartei. Sie ist keine Gestaltungspartei, sondern im Bund eine reine Protestpartei. Sie will nicht, wie es eigentlich sein sollte, durch regieren und durch Übernahme von Verantwortung verändern, sie will lediglich protestieren. Sie bietet den Menschen damit keine konkreten Perspektiven zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Sie geht also zynisch mit den Sorgen und Ängsten der Menschen um.

Auch ist der Name „Die Linke“ eine Vortäuschung falscher Tatsachen. Die wirkliche politische Linke steht in der Tradition der Aufklärung und des Fortschritts. Die erweiterte PDS steht für Populismus und Rückwärtsgewandtheit. Sie redet und handelt wider besseren Wissens. Sie profitiert von Ängsten und bedient Ressentiments.

Auch ist es mehr als bezeichnend, dass diese neue Partei einen Westbeauftragten benötigt. Das offenbart: Die erweiterte PDS ist weit davon entfernt, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Drei Viertel der Mitglieder kommen aus dem Osten, zwei Drittel der Fraktion kommen aus der PDS. Letztendlich sind einige Tausend Mitglieder der bisherigen WASG in die Strukturen der alten PDS geschlüpft.

Für uns ist diese neue Partei, wie andere Parteien auch, ein politischer Wettbewerber und politischer Gegner. Wir suchen den Wettstreit entlang von Sachfragen. Auf Scharmützel mit dem einen oder anderen, der die Fahnen gewechselt hat, sollten wir uns nicht einlassen. Das würde die entsprechenden Personen nur aufwerten und von der Ideenlosigkeit dieser neuen Gruppierung ablenken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Peter Struck

II. Zur Woche

Bundeswehreininsatz im Kosovo verlängern

In dieser Woche steht eine nochmalige Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bis Mitte Juni 2008 an.

Die Mission, die auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, ist erstmals im Juni 1999 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und seitdem mehrmals verlängert worden. Die Präsenz der Sicherheitstruppe Kosovo Force - KFOR - gewährleistet auch weiterhin die militärische Absicherung der Friedensregelung des Sicherheitsrates für das Kosovo. Derzeit haben wir etwa 3.000 Soldaten bei diesem Einsatz.

Die Lage im Kosovo ist ruhig und stabil. Es bestehen aber nach wie vor ethnische Gegensätze. Die Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung bemüht sich dennoch, und in der Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit, darum, den Statusprozess nicht durch erneute Ausschreitungen zu stören. Bis zum Sommer will die internationale Gemeinschaft eine Lösung für den im November 2005 eingeleiteten Prozess zur Bestimmung des künftigen Status für das Kosovo erreichen. Angesichts der Spannungen mit Serbien dringt die kosovarische Regierung auf eine vollständige Unabhängigkeit und erhält dafür Unterstützung vor allem von den USA. Russland warnt hingegen davor, die Statusfrage des Kosovo ohne Zustimmung Serbiens zu klären. Die serbische Regierung will eine Loslösung ihrer Südprovinz verhindern und bietet stattdessen eine «überwachte Autonomie» an.

Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel

Wir beraten in dieser Woche in 2./3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel im Hinblick auf die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012.

Mit dem Gesetz werden Gesamtzuteilungsmenge und Zuteilungsregeln für die zweite Handelsperiode gesetzlich festgelegt. Darüber hinaus werden notwendige Anpassungen weiterer Rechtsgrundlagen des Emissionshandels vorgenommen. Zudem erfolgen Klarstellungen zum Vollzug einzelner Regelungen.

Die vorgesehene Gesamtzuteilungsmenge von 453,1 Mio. Tonnen CO₂ entspricht den Erkenntnissen aus den jüngeren Daten und folgt der Entscheidung der EU-Kommission zum deutschen Allokationsplan für 2008 bis 2012.

Mit dem Beschluss zur zweiten Periode des Nationalen Allokationsplans (NAP) schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Deutschland das entscheidende klimapolitische Ziel – eine Minderung seiner Treibhausgase um 21 Prozent – bis 2012 gegenüber dem Basisjahr 1990 erreichen kann.

III. Aktuelles Thema

Milliarden-Job-Programm für schwer vermittelbare Arbeitslose und Arbeitslose unter 25 Jahren

Die Agenda 2010 und das 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm entfalten ihre Wirkung. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken, das Beschäftigungswachstum hält an und die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf einem hohem Niveau.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Mai im Vergleich zum April um 161.000 auf 3,806 Millionen und damit auf den tiefsten Stand seit fünfeinhalb Jahren gefallen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren sogar 732.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.

Das Beschäftigungswachstum gewinnt weiterhin an Breite und auch die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen bleibt auf hohem Niveau stabil.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit geht einher mit einem Aufbau der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie stieg im März 2007 (aktuellste Erhebung des Statistischen Bundesamtes) im Vergleich zum Vorjahresmonat um 618.000 auf 26,56 Millionen.

Fest steht: Die Investitionsprogramme der Bundesregierung und die intensivere Betreuung der Arbeitslosen sind die Hauptursachen für den stetigen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Fest steht aber auch, dass in Deutschland immer noch zu viele Menschen arbeitslos sind. Deutschland braucht daher einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Hierfür müssen die Voraussetzungen auch nach Umsetzung der „Agenda 2010“ weiter verbessert werden. Wir wollen zusätzliche Anreize dafür schaffen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze bereitstellen und Arbeitnehmer Arbeitsplätze auch annehmen.

Unser Parteivorsitzender Kurt Beck hat in der letzten Woche, am 11. Juni 2007, in der FAZ zur Situation in der Gesellschaft geschrieben. Er beschreibt darin sehr kompakt das sozialdemokratische Leitbild „guter Arbeit“, das nicht zulässt, die Gesellschaft in produktive und unproduktive Teile zu spalten.

Die menschenwürdige Gestaltung der Arbeitsgesellschaft hat für die SPD höchste Priorität und wird ihr unverwechselbares Markenzeichen bleiben.

Die SPD wird ihren erfolgreichen Weg der Reformen am Arbeitsmarkt fortsetzen. Unsere Arbeitsmarktpolitik muss auch gerade denjenigen helfen, die langfristig chancenlos sind und nicht aus eigener Kraft eine Arbeit finden.

Wir wollen 100.000 auf lange Sicht chancenlose Erwerbslose und 50.000 jugendliche Arbeitslose mit zwei neuen milliardenschweren Programmen für Beschäftigung und Ausbildung helfen:

1. Wir beraten daher in dieser Woche in 1. Lesung ein Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen (**Zweites Gesetz zur Änderung des SGB II**).

Dieser Entwurf sieht vor, dass im SGB II ein Beschäftigungszuschuss als neue Arbeitgeberleistung eingeführt wird, um die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu fördern.

Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmonatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist.

Gefördert werden Arbeitgeber mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent. Die Förderdauer beträgt in aller Regel 24 Monate. Zudem sind pauschalisierte Kostenzuschüsse für eine begleitende Qualifizierung möglich.

Ab dem ersten Jahr der vollen Wirksamkeit stehen dann jährlich 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

2. Wir beraten außerdem in dieser Woche in 1. Lesung einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen (**Viertes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**).

Fehlende berufliche Qualifikation, gesundheitliche Einschränkungen und Schuldenprobleme erschweren eine erfolgreiche berufliche Eingliederung. Schlechte Startchancen ziehen in der späteren Erwerbsbiografie häufig Arbeitslosigkeit nach sich, bis hin zu sich verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit. Bildungsschwache Jugendliche und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen die Chance erhalten, sich am Arbeitsplatz zu bewähren und ihre Qualifikation zu verbessern.

Der Gesetzentwurf sieht daher die Einführung eines Eingliederungszuschusses und eines Qualifizierungszuschusses zum 1. Oktober 2007 vor. Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss dagegen auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss ab. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen; der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Bruttoarbeitsentgelts geleistet.

Bei der Förderung werden höchstens Bruttoarbeitsentgelte von 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt. 15 Prozentpunkte werden für die Qualifizierung verwendet. Hierbei können auch Qualifizierungsbausteine oder die noch zu entwickelnden Ausbildungsbausteine genutzt werden. Damit soll das Nachholen des Berufsabschlusses erleichtert werden.

Beide Leistungen sind bis zum 31. Dezember 2010 befristet.

Darüber hinaus löst die Bundesregierung ihre Zusage aus dem Ausbildungspakt ein, die Förderung von jeweils 40.000 Plätzen bei der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) für die kommenden drei Jahre sicherzustellen. Dazu wird die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher auf Grund ihres Erfolgs als Arbeitgeberleistung dauerhaft in das Arbeitsförderungsrecht übernommen und die Fördervoraussetzungen im Wesentlichen inhaltsgleich gesetzlich geregelt.

Als eine weitere wesentliche Maßnahme wird eine Arbeitgeberförderung für die sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung und Ausbildung eingeführt.

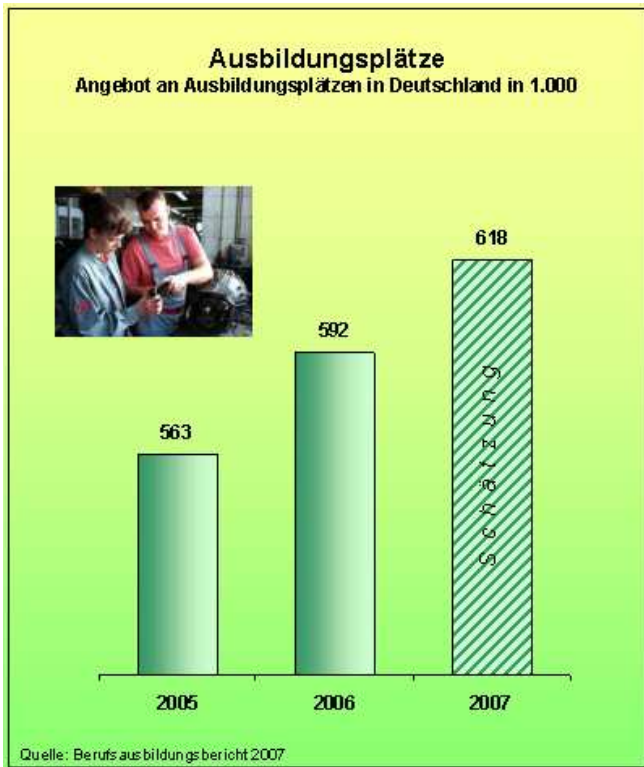
Gefördert werden können Maßnahmen der sozialpädagogischen Begleitung, die die Integration benachteiligter Jugendlicher in den Arbeitsprozess stabilisieren.

Klein- und Mittelbetriebe können bei der Administration und Organisation betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung benachteiligter junger Menschen unterstützt werden.

Fazit: Wir Sozialdemokraten schreiben niemanden ab. Mit diesen zwei Gesetzentwürfen schaffen wir neue Chancen für Menschen, die bisher oft an den Rand gedrängt wurden. Die von der SPD durchgesetzten Beschlüsse zeigen, dass ernst gemacht wurde mit "Fördern und Fordern": "Wir schaffen neue Chancen und holen Arbeitssuchende wieder ins Erwerbsleben. Mit diesen zwei Gesetzentwürfen wird ein zentrales Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe "Arbeitsmarkt" umgesetzt.

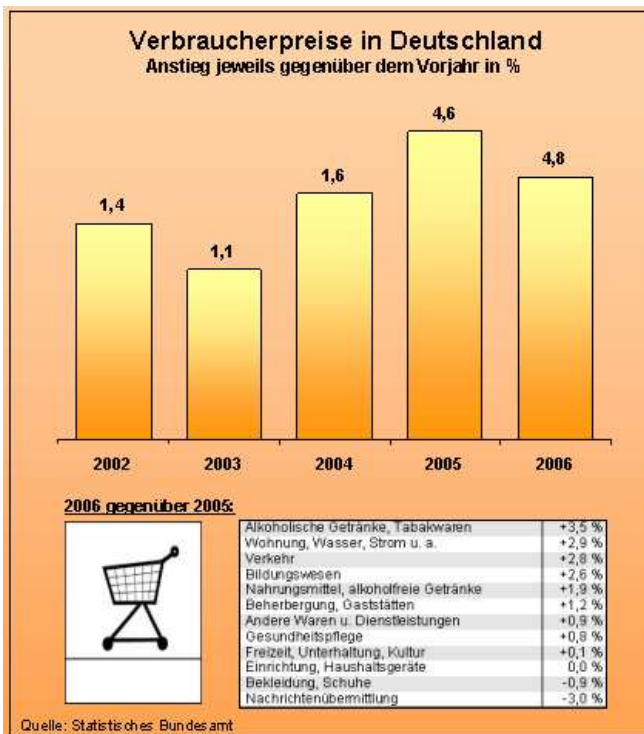
IV. Standort Deutschland

1. Wieder mehr Ausbildungsplätze



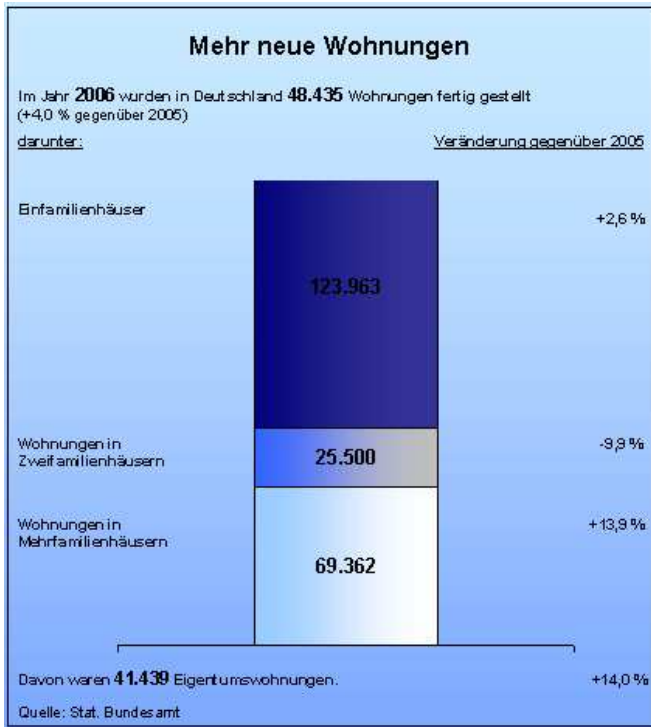
Auch im Ausbildungssektor macht sich die positive konjunkturelle Entwicklung bemerkbar. Schätzungsweise 618.000 Ausbildungsplätze sollen in diesem Jahr zur Verfügung stehen, 26.000 mehr als im Vorjahr. Jedoch klafft noch immer eine zu große Lücke zwischen dem Lehrstellenangebot und der Lehrstellennachfrage. In 2006 standen den knapp 595.000 angebotenen Stellen eine Nachfrage von fast 626.000 gegenüber.

2. Nur geringer Verbraucherpreis-Anstieg



Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr etwas abgeschwächt. Im Durchschnitt mussten die Verbraucher 1,7 Prozent mehr für Waren und Dienstleistungen bezahlen.

3. Mehr Wohnungsbau im Jahr 2006



248.400 Wohnungen wurden 2006 in Deutschland fertig gestellt, 4 Prozent oder 9.500 Baufertigstellungen mehr als 2005. Größtenteils ist diese positive Entwicklung auf die Wohnungsbauförderung zurückzuführen, die Ende 2005 auslief. Denn 2005 gegenüber 2004 sank die Zahl der fertig gebauten Wohnungen noch um 14 Prozent. Die Zuwachsrate bei der Fertigstellung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern lag mit 13,9 Prozent deutlich über der von Einfamilienhäusern (+2,6 Prozent).